



Schwedische Tricks und Obers für Österreich

20 Jahre EU-Erweiterung. Am 1. Januar 1995 nahm die damalige 12er-Gemeinschaft Finnland, Österreich und Schweden auf. Es war die vierte Erweiterung in der Geschichte der EU und die erste nach dem Fall des Eisernen Vorhangs. Während Österreich und Finnland auch den Euro eingeführt haben, verweigert sich Schweden beharrlich – obwohl es das eigentlich nicht dürfte.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der EU wuchs damals durch die Neuen auf einen Schlag um 7,5 Prozent, die Bevölkerungszahl stieg um gut 22 Millionen oder 6,2 Prozent.

Zwei der drei Zugänge, Österreich und Schweden, waren und sind wirt-

schaftsstarke Länder (Grafik Seite 2). Ihr Pro-Kopf-BIP lag – um Kaufkraftunterschiede bereinigt – schon im Jahr des Beitritts bei 113 beziehungsweise knapp 109 Prozent des Durchschnitts der 15er-EU; heute sind es in der 28er-Gemeinschaft je

126 Prozent. Beide Länder haben daher von Anfang an mehr in den EU-Haushalt eingezahlt als herausbekommen, sind also Nettozahler.

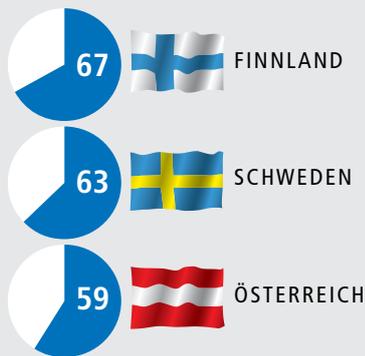
Dass Österreich erst 1989, Schweden 1991 und Finnland 1992 einen Aufnahmeantrag stellten, hatte vor allem politische Gründe. Bis zum Fall des Eisernen Vorhangs stand die Neutralität der drei Staaten einer Mitgliedschaft in der EU im Weg.

Die Verhandlungen mit den Kandidaten waren am 1. Februar 1993 offiziell eröffnet und bereits im März 1994 abgeschlossen worden. Es ging deshalb so schnell, weil alle drei Länder schon über Freihandelsabkommen im Rahmen der EFTA (European Free Trade Association) und das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) mit der EU verbunden waren. Dadurch hatten die Beitrittskandidaten schon fast die gesamten Binnenmarktvorschriften der EU übernommen.

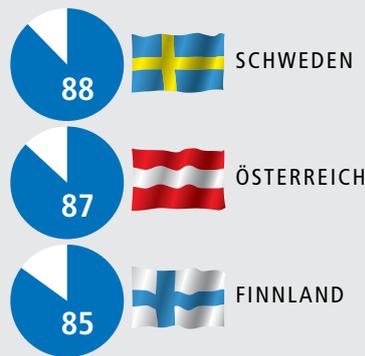
Dennoch gab es noch einiges zu verhandeln. So umfasst die Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassung der EU-Verträge →

Beitrittsländer 1995: Ja zur EU

So viel Prozent der Bürger in ... verbinden mit der EU positive Gefühle



So viel Prozent der Bürger in ... fühlen sich selbst als Europäer



Befragung von jeweils 1.000 Personen im November und Dezember 2014; Quelle: EU-Kommission

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · iwwd 8

Inhalt

Japan. Auch der jüngste Versuch, das Schuldenproblem des Landes in den Griff zu bekommen, droht zu scheitern.
Seite 3

Hartz IV. Die Mehrzahl der Hilfeempfänger hat von der Hartz-IV-Reform finanziell profitiert – dies gilt vor allem für diejenigen mit den geringsten Einkommen.
Seite 4-5

Mediennutzung. Was ihre Kinder im Internet machen, davon haben viele Eltern erstaunlich wenig Ahnung.
Seite 6

Steuern und Abgaben. Bei vielen Arbeitnehmern kommt von einer Lohnerhöhung nur rund die Hälfte im Portemonnaie an.
Seite 7

Weiterbildung. Unternehmen fragen vornehmlich maßgeschneiderte Angebote nach, die zu ihren Personalentwicklungskonzepten passen.
Seite 8

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchhoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ fast 400 eng bedruckte Seiten im Amtsblatt der EU. Das ging sogar so weit, dass in einem Protokoll festgelegt wurde, welche spezifisch österreichischen Ausdrücke den in Deutschland verwendeten entsprechen: Obers für Sahne, Topfen für Quark, Faschiertes für Hackfleisch.

Im Großen und Ganzen haben die Österreicher, Schweden und Finnen den Beitritt nicht bereut. Das hat eine Umfrage Ende November/Anfang Dezember 2014 ergeben (Grafik

Seite 1). Als wichtigste positive Auswirkungen des Beitritts werden in allen drei Ländern die Reisefreiheit und die große Auswahl an Konsumgütern betrachtet. Im Ländermittel sind 76 Prozent der Befragten der Ansicht, dass sich die EU positiv auf die Mobilität von Arbeitnehmern ausgewirkt hat, 73 Prozent begrüßen die größere Vielfalt an Konsumgütern. Es gibt aber auch Kritik:

Jeweils mehr als 50 Prozent der Befragten in Österreich, Schweden

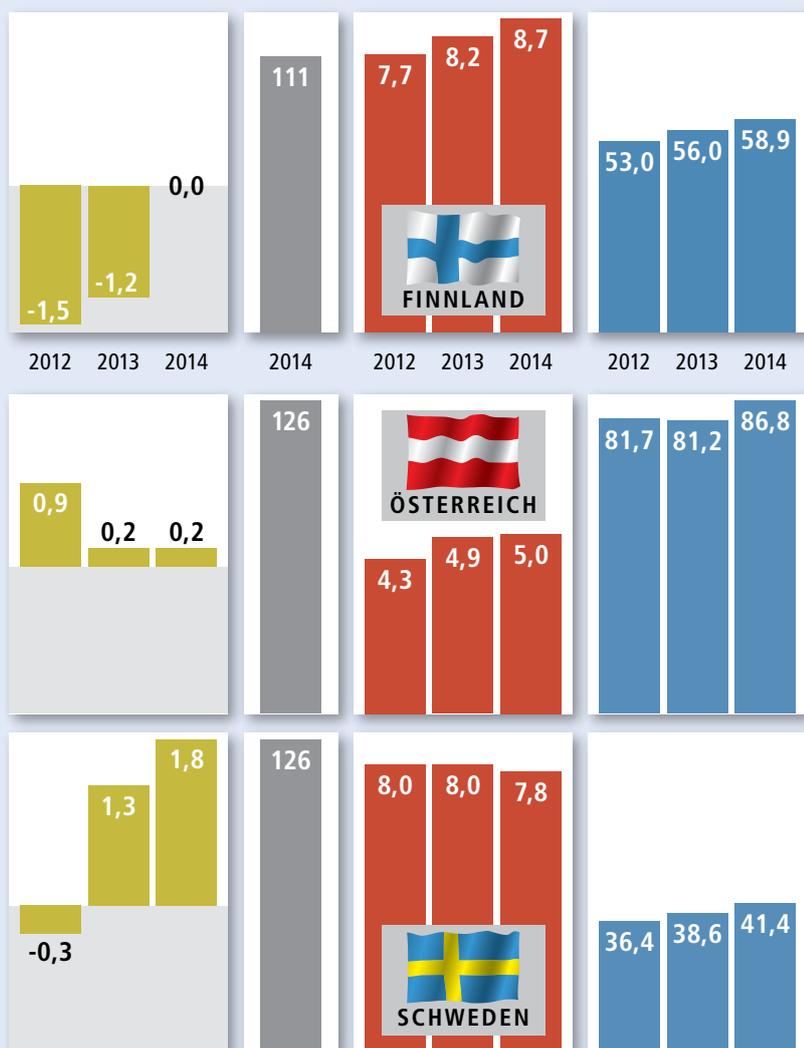
und Finnland sagen, dass sich die EU-Mitgliedschaft negativ auf die wirtschaftliche Situation und die Sozialfürsorge ausgewirkt habe.

Während sich die Urteile in diesen Punkten kaum unterscheiden, gehen die Meinungen beim Thema Euro weit auseinander. Nach einer Eurobarometerumfrage war die Zustimmung zum Euro im November 2014 in Finnland mit 75 Prozent und in Österreich mit 69 Prozent sehr hoch.

In Schweden ist es umgekehrt. Dort will nicht einmal jeder vierte Bürger die gemeinsame Währung. Es verwundert daher nicht, dass Schweden an der Krone festhält, obwohl der 1992 unterzeichnete Vertrag von Maastricht dies eigentlich nicht vorsieht. Denn damals haben sich nur Großbritannien und Dänemark vertraglich zusichern lassen, dass sie dem Euro fernbleiben dürfen (Interview).

EU-Erweiterung 1995: Die Geburtstagskinder in Zahlen

- Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP), Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent
- BIP je Einwohner EU-28 = 100, um Kaufkraftunterschiede bereinigt
- Arbeitslosenquote in Prozent
- Schuldenstand in Prozent des BIP



Quelle: EU-Kommission

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · iw-d 8

Interview +++ Interview ++



Berthold Busch
ist Senior Economist am Institut der deutschen Wirtschaft Köln. Er beobachtet seit Jahren die Entwicklung der Europäischen Union.

Welches Schlupfloch haben die Schweden gefunden, um die Vorgabe von Maastricht auszuhebeln?

Die Schweden sind nicht dem Europäischen Wechselkursmechanismus beigetreten – das aber war und ist ein zentrales Beitrittskriterium der Währungsunion.

Und warum haben sich die Schweden nicht einfach wie die Briten eine Sonderregelung einräumen lassen?

Die Schweden sind ja erst nach dem Vertrag von Maastricht der EU beigetreten, insofern konnten sie gar nicht mitreden. Sie wussten allerdings genau, dass sie mit dem Beitritt zur EU auch die Euro-Klausel akzeptieren.

Der Schuldenweltmeister

Japan. Die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt ist mit 230 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung verschuldet – höher als jedes andere Industrieland. Und seit mehr als 20 Jahren scheitert jeder Versuch, das Problem in den Griff zu bekommen. Auch für den jüngsten Anlauf sieht es nicht gut aus.

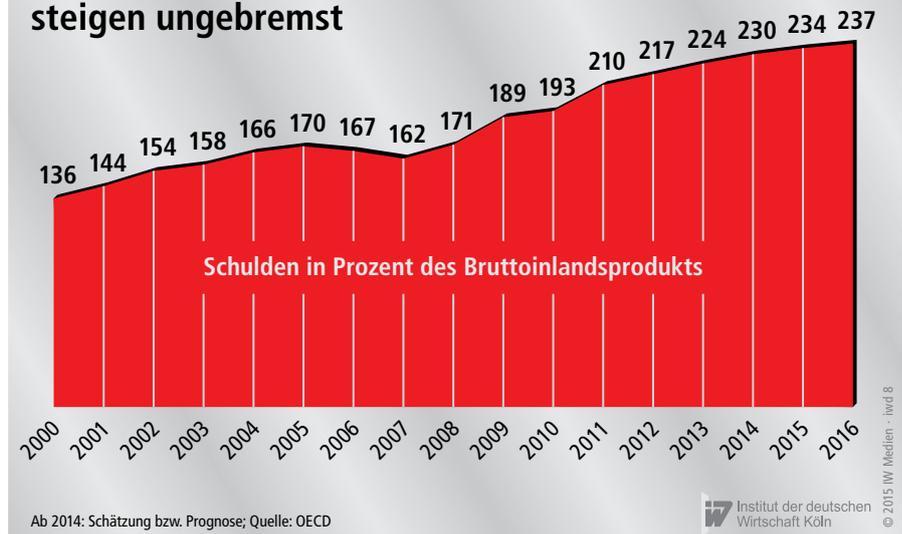
Das japanische Schuldendrama begann Anfang der 1990er Jahre, als die Blase auf dem Aktien- und Immobilienmarkt platzte. Damals stand das Land nur mit 65 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) in der Kreide – heute wachsen den Japanern die Schulden buchstäblich über den Kopf:

Jeder einzelne der rund 127 Millionen Japaner ist mit umgerechnet gut 62.000 Euro verschuldet – das ist mehr als doppelt so viel wie in Griechenland oder auch in Deutschland.

Dass Japan derzeit trotzdem nicht befürchten muss, zahlungsunfähig zu werden, liegt an der Struktur seiner Schulden. Anders als Griechenland und viele andere Staaten ist Japan fast vollständig bei seinen eigenen Bürgern verschuldet – und die steigen nicht so leicht aus der Finanzierung ihres Staates aus wie internationale Investoren.

Dennoch hat Japan große Probleme, vor allem die demografische Entwicklung macht dem Land zu schaffen. Schon heute ist ein Viertel der Bevölkerung über 65 Jahre alt; die damit einhergehenden Sozialausgaben verschlingen bereits mehr als 20 Prozent des BIP. Und weil Japan die weltweit am schnellsten alternde Gesellschaft ist, wird diese Quote noch weiter steigen.

Japans Staatsschulden steigen ungebremst



„Abenomics“ – ein nach Premierminister Shinzo Abe benanntes Konzept – soll nun all diese Probleme lösen. Es besteht aus drei Säulen: einer flexiblen Fiskalpolitik, sprich kreditfinanzierten Konjunkturprogrammen; einer auch weiterhin expansiven Geldpolitik, sprich Geld drucken; und Reformen, sprich die japanische Gesellschaft, ihr Rechtssystem und der Arbeitsmarkt sollen wirtschaftsfreundlich umgebaut werden.

Ob dieser Plan aufgeht, darf jedoch bezweifelt werden. Denn schon in den vergangenen zwei Jahrzehnten hat die Regierung in Tokio ein staatliches Konjunkturprogramm nach dem anderen aufgelegt, ohne dass der erhoffte Wachstumsschub eingetreten ist.

Seit Anfang der 1990er Jahre ist die japanische Wirtschaft im Jahresdurchschnitt um weniger als 1 Prozent gewachsen.

Treffen die Prognosen der OECD zu, werden die „Abenomics“ an diesem Trend vorerst nichts ändern:

Das japanische Wirtschaftswachstum wird auch in den kommenden zwei Jahren unter 1 Prozent liegen, gleichzeitig werden die Staatsschulden bis 2016 um bis zu 7 Prozentpunkte auf dann 237 Prozent des BIP anwachsen (Grafik).

Das japanische Finanzministerium geht deshalb davon aus, dass die Konsolidierung der Staatsfinanzen nicht ohne zusätzliche Einnahmen gelingen kann. Mit anderen Worten: Die Japaner müssen zahlen. Bereits im vergangenen Jahr ist die Mehrwertsteuer von 5 auf 8 Prozent angehoben worden; für Oktober dieses Jahres ist eine weitere Erhöhung auf 10 Prozent angekündigt.

Doch auch das ist nicht genug. Um die Nachhaltigkeit der japanischen Staatsfinanzen ohne Ausgabenkürzungen zu gewährleisten, müsste die Mehrwertsteuer ab 2017 auf gut 30 Prozent steigen. Und für jedes Jahr, um das diese Erhöhung verschoben wird, müsste sie einen zusätzlichen Prozentpunkt höher ausfallen.

Den Ärmsten geht es besser

Hartz IV. Die Arbeitsmarktreformen, die 2005 die Arbeitslosen- und Sozialhilfe durch Hartz IV ersetzt haben, haben nach Meinung vieler Kritiker das soziale Gefälle in Deutschland verschärft. Tatsächlich aber hat die Mehrzahl der Hilfeempfänger von den Reformen finanziell profitiert – dies gilt vor allem für diejenigen mit den geringsten Einkommen.

Auch wenn es bereits zehn Jahre her ist, dass die Agenda 2010 in Gesetzesform gegossen wurde, so erhitzen die Folgen dieser Arbeitsmarktreformen doch bis heute die Gemüter. Dies gilt vor allem für die Hartz-IV-Regelungen, die im Wesentlichen die Arbeitslosen- und die Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II (ALG II) zusammenführten.

Zwar bestreitet kaum noch ein Beobachter des Arbeitsmarktes, dass die Hartz-IV-Reform maßgeblich zum Abbau der Arbeitslosigkeit beigetragen hat. Zur Erinnerung: Im Schnitt des Jahres 2005 waren annähernd 5 Millionen Menschen in Deutschland arbeitslos gemeldet – im Februar wurde mit 5,3 Millionen

sogar der höchste Wert seit Bestehen der Bundesrepublik verzeichnet. Seither hat sich die Zahl der Arbeitslosen bis zum Jahr 2014 nahezu kontinuierlich verringert – auf zuletzt weniger als 2,9 Millionen.

Dieser Erfolg wurde jedoch, so behaupten die Kritiker der Reform, mit sozialen Einschnitten erkaufte. Dagegen spricht allerdings allein schon die Tatsache, dass die Sozialleistungen mit der Einführung von Hartz IV im Jahr 2005 sprunghaft von 33,9 auf 39,8 Milliarden Euro stiegen – und damit deutlich stärker, als es die Zunahme der Arbeitslosenzahl hätte erklären können.

Dass in der Tat viele Haushalte mit Hartz IV finanziell besser daste-

hen als unter dem früheren Sozialleistungssystem, lässt sich mithilfe von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) für das Jahr 2011 zeigen. Vergleicht man die Einkommen der Hartz-IV-Empfänger im Jahr 2011 mit jenen Leistungen, die ihnen bei Fortbestand der alten Regelungen in Form von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zugestanden hätten, und passt diese Leistungen an die allgemeinen Preissteigerungen an (Kasten Seite 5), dann zeigt sich:

Fast 45 Prozent der Haushalte, die staatliche Hilfen beziehen, haben seit der Einführung von Hartz IV deutlich mehr Geld zur Verfügung als früher – nur knapp 30 Prozent erlitten spürbare finanzielle Einbußen.

Für gut ein Viertel der bedürftigen Haushalte hat sich kaum etwas verändert. Ihr Nettoeinkommen mit Hartz IV liegt – unter Berücksichtigung des jeweiligen, von der Haushaltsgröße abhängigen Bedarfs – maximal um 25 Euro über oder unter dem Betrag, den sie heute theoretisch in Form von Arbeitslosen- oder Sozialhilfe bekämen.

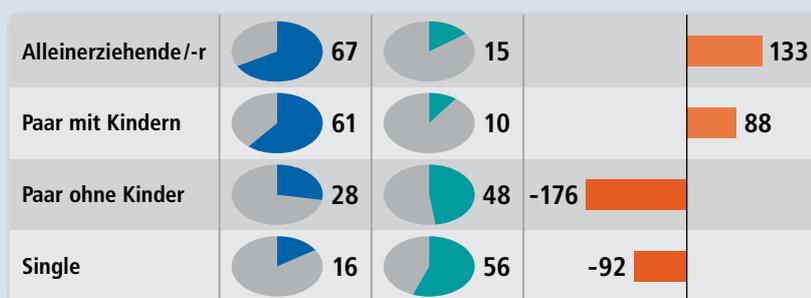
Zu den Gewinnern der Reform zählen vor allem jene Haushalte, denen bei Fortbestand der alten Regelungen nur Sozialhilfe zustehen würde. Zudem gibt es aufgrund der großzügigeren Berechnung des Existenzminimums eine erhebliche Zahl von ALG-II-Empfängern, die im alten System überhaupt keinen Anspruch auf Grundsicherungsleistungen gehabt hätte.

Hartz IV hat vor allem die finanzielle Situation jener staatlich unterstützten Haushalte verbessert, in denen Kinder leben (Grafik):

Hartz-IV-Reform: Gewinner und Verlierer

Für so viel Prozent der Haushalte, die staatliche Hilfen beziehen, haben sich die Leistungen durch die Hartz-IV-Reform wesentlich ■ erhöht ■ verringert. Das heißt, ihr Einkommen gemäß Hartz IV war im Jahr 2011 deutlich höher bzw. niedriger als die frühere, mit der Inflationsrate fortgeschriebene Arbeitslosen- oder Sozialhilfe

■ Durchschnittliche Veränderung der Leistungen je Monat in Euro



Rest zu 100: keine wesentliche Veränderung der Leistungen. Bei einem Alleinerziehenden mit einem Kind unter 14 Jahren zum Beispiel ist das dann der Fall, wenn er 2011 maximal 32,50 Euro mehr oder weniger Hilfeleistungen bezog als vor der Hartz-IV-Reform; bei einem Paar mit zwei Kindern unter 14 Jahren sind es 52,50 Euro, bei einem Paar ohne Kinder 37,50 Euro und bei einem Single 25 Euro. Die durchschnittliche Veränderung der Leistungen wurde exemplarisch für diese genannten Gruppen berechnet.
Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Rund 67 Prozent der Alleinerziehenden sowie 61 Prozent der Paare mit Kindern bekommen seit der Hartz-IV-Reform höhere staatliche Hilfen.

Alleinerziehende Mütter und Väter mit einem Kind unter 14 Jahren haben jetzt im Durchschnitt monatlich 133 Euro mehr Geld zur Verfügung, Paare mit zwei Kindern unter 14 Jahren 88 Euro.

Für Singles und Paare ohne Kinder hat sich der Anspruch auf Unterstützung dagegen überwiegend verringert – ein alleinstehender Hilfeempfänger zum Beispiel muss unter Hartz IV durchschnittlich pro Monat mit 92 Euro weniger auskommen als früher.

Auffällig ist ebenfalls, dass die Hartz-IV-Reform gerade jene Hilfeempfänger bessergestellt hat, die am unteren Ende der Einkommensskala stehen (Grafik):

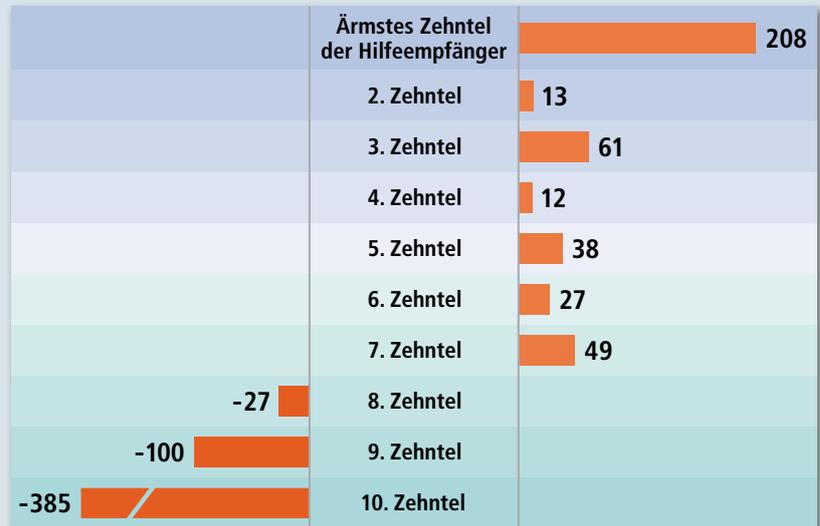
Im Durchschnitt haben die ärmsten 70 Prozent der Hilfeempfänger von der Einführung der Hartz-IV-Regelungen profitiert.

Dies gilt vor allem für das ärmste Zehntel der Haushalte, die staatliche Hilfen beziehen. Ihnen stehen heute im Schnitt – bedarfsgewichtet – je Monat gut 200 Euro mehr Hartz-IV-Leistungen zu als früher in Form von Arbeitslosen- oder Sozialhilfe.

Die „reicheren“ Hilfeempfänger haben dagegen Einbußen erlitten. Das sind vor allem Haushalte, die nach der früheren Regelung Anspruch auf Arbeitslosenhilfe hatten – eine Versicherungsleistung, die sich nicht so stark an der Bedürftigkeit der Haushalte orientierte, wie dies heute bei Hartz IV der Fall ist.

Hartz-IV-Reform: Vorher, nachher

Um so viele Euro lag die staatliche Hilfe gemäß Hartz IV im Jahr 2011 durchschnittlich über bzw. unter der früheren, mit der Inflationsrate fortgeschriebenen Arbeitslosen- oder Sozialhilfe



Hilfeempfänger: in zehn gleich große Gruppen eingeteilt anhand ihres durchschnittlichen bedarfsgewichteten Einkommens. Dieses Einkommen richtet sich danach, wie viele Erwachsene und Kinder in einem Haushalt zusammenleben. Es trägt der Tatsache Rechnung, dass der Bedarf an bestimmten Konsumgütern mit der Haushaltsgröße nur unterproportional zunimmt – zum Beispiel weil in der Regel ein Ehepaar mit zwei Kindern genauso wie ein Single nur eine einzige Waschmaschine braucht; Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - Iwd 8

Insgesamt hat die Hartz-IV-Reform finanzielle Mittel in die unteren Einkommensschichten umverteilt. Die Folge:

Unter Hartz IV hatten 14,7 Prozent aller Bundesbürger im Jahr 2011 weniger als 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Einkommens zur Verfügung – bei einem Fortbestand

des alten Hilfesystems hätte diese Armutsgefährdungsquote 15,9 Prozent betragen.

Die Einführung von Hartz IV hat die ärmeren Bevölkerungsschichten also keineswegs finanziell stärker in Bedrängnis gebracht, sondern im Gegenteil die Einkommensarmut in Deutschland eher verringert.

Das Sozio-oekonomische Panel

Das SOEP ist eine repräsentative Befragung, die bereits seit fast 30 Jahren läuft. Dabei geben in Deutschland jährlich etwa 22.000 Personen Auskunft zu Fragen über Einkommen, Erwerbstätigkeit, Bildung oder Gesundheit. Die aktuellen Daten stammen aus der Befragung von 2012 und beziehen sich auf 2011. Für den Vergleich „Hartz IV versus Arbeitslosen- und Sozialhilfe“ ist dieser Datenstand unproblematisch, weil seither an den Hartz-IV-Regelungen keine wesentlichen Änderungen vorgenommen und die Sätze nur leicht angehoben wurden. Daher würde ein Vergleich der Hartz-IV-Bezüge des Jahres 2014 mit den anhand der Inflationsraten weiter fortgeschriebenen Einkommen aus Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu prinzipiell ähnlichen Befunden führen wie in diesem Artikel beschrieben.

Facebook? WhatsApp!

Mediennutzung. Radio, Zeitung und Festnetztelefon waren gestern, was für Jugendliche heute zählt, ist das Internet. Was ihre Kinder im Netz allerdings genau machen, davon haben erstaunlich viele Eltern noch erstaunlich wenig Ahnung.

Digitale Medien sind mittlerweile schon für Kinder eine Selbstverständlichkeit – ab einem Alter von zehn Jahren sind nahezu alle online. Wie eine vom Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM) vorgelegte Studie zeigt, verbringen 16- bis 18-Jährige im Durchschnitt 115 Minuten pro Tag im Internet. Bei den 14- bis 15-Jährigen sind es 93 Minuten und bei den 12- bis 13-Jährigen immerhin 59 Minuten.

Die meisten Jugendlichen gehen mit ihren eigenen Geräten online: So besitzen 79 Prozent der 12- bis 17-Jährigen ein Smartphone mit In-

ternetzugang, 64 Prozent surfen mit dem eigenen Computer, Laptop oder Notebook.

Was die Jugendlichen im Internet eigentlich machen – davon haben die meisten Eltern allerdings recht naive Vorstellungen. Laut einer Befragung der Techniker Krankenkasse im Jahr 2014 gehen 85 Prozent der Eltern davon aus, dass Computer und Smartphone vor allem für schulische Recherchen genutzt werden.

Fragt man dagegen die Kinder und Jugendlichen selbst, ergibt sich ein ganz anderes Bild – das zeigt etwa die JIM-Studie des Medienpädagogischen Forschungsverbunds Südwest, die das Medienverhalten von Jugendlichen in Deutschland seit dem Jahr 1998 regelmäßig untersucht (Grafik):

Rund 44 Prozent der Jugendlichen nutzen das Internet zur Kommunikation, 25 Prozent schauen Videos und hören Musik, 18 Prozent spielen und

lediglich 13 Prozent suchen Informationen.

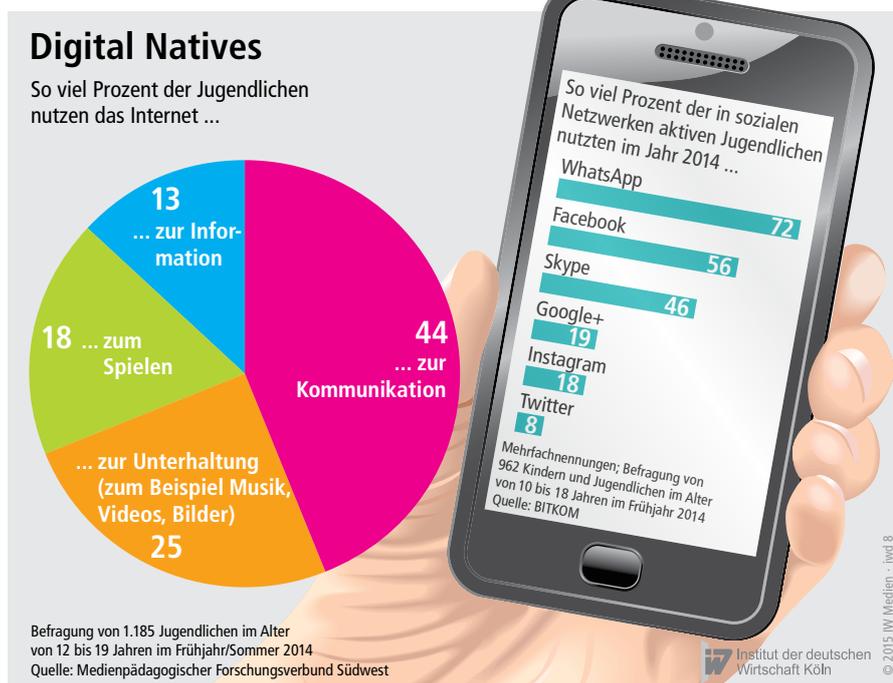
Kommunikation heißt für junge Leute vor allem Chatten, deshalb haben Kurznachrichtendienste für sie einen hohen Stellenwert. Laut BITKOM sind Chatdienste mittlerweile sogar noch wichtiger als andere soziale Medien oder das Schreiben von E-Mails. Ganz vorn auf der Beliebtheitskala steht der Messenger WhatsApp, den mittlerweile weltweit 700 Millionen Menschen nutzen. Jeden Tag werden mit dieser App über 30 Milliarden Nachrichten versendet.

Wie es mit der Social-Media-Nutzung in Deutschland möglicherweise weitergeht, verrät ein Blick in die USA, die bei allen Onlinetrends Vorreiter sind. Dort galt lange Zeit Facebook als das soziale Netzwerk schlechthin, jetzt verliert es rasant an Bedeutung:

Im Frühjahr 2014 waren 72 Prozent der US-Kids auf Facebook unterwegs – im Herbst 2014 nutzten es nur noch 45 Prozent.

Voll im Trend liegt dagegen die App Instagram, mit der die Anwender Fotos und Videos teilen können. Diesen Dienst nutzten im Herbst 2014 gut drei Viertel der Jugendlichen in den USA.

Ihre deutschen Altersgenossen ticken noch etwas anders. Lediglich 18 Prozent der von BITKOM befragten Kinder und Jugendlichen nutzen Instagram ab und zu. In Sachen Facebook liegen die Deutschen aber wieder im Trend: Derzeit sind dort 3,2 Millionen 13- bis 17-Jährige registriert – im Jahr 2012 waren es noch knapp 3,7 Millionen.



Sie sinken nicht, sie steigen

Steuern und Abgaben. Beim Blick auf die erste Gehaltsabrechnung nach einer Lohnerhöhung stellt sich meist Ernüchterung ein. Denn bei vielen Arbeitnehmern kommt vom Lohnplus nur rund die Hälfte im Portemonnaie an – das gilt selbst für Arbeiter und Angestellte mit eher niedrigen Einkommen.

Viele Arbeitnehmer dürften sich in den kommenden Wochen über eine Gehaltserhöhung freuen, schließlich versuchen die Gewerkschaftsvertreter diverser Branchen und Regionen gerade, in den Tarifverhandlungen für ihre Klientel so viel wie möglich herauszuholen. Doch die Freude währt meist nur kurz: Denn vom ausgehandelten Lohnplus bleibt Arbeitern und Angestellten nicht allzu viel, da der Staat kräftig mitkassiert (Grafik):

Sogar Geringverdiener – sofern sie Single und kinderlos sind – müssen von 100 Euro Lohnerhöhung nahezu 47 Euro abführen.

Bei Normal- und Gutverdienern derselben Kategorie betragen die Abzüge durch Steuern und Abgaben sogar mehr als die Hälfte.

Etwas geringer fällt die Steuer- und Abgabenlast für Familien und Alleinerziehende aus: Ehegattensplitting und Kinderfreibeträge sorgen dafür, dass beispielsweise ein normal oder gut verdienender Alleinverdiener mit Familie und zwei Kindern rund 44 Prozent an den Staat abführt; Geringverdiener mit der gleichen Familienkonstellation kommen sogar mit gut 34 Prozent davon.

Die Beteuerungen der Politik, die Steuer- und Abgabenlast der Bun-

Was bleibt von einer Gehaltserhöhung?

So viel bleibt einem ledigen und kinderlosen 40-Jährigen von 100 Euro Lohnerhöhung netto übrig, in Euro

	Monatliches Bruttogehalt im Jahr 2014		
	2.000	3.500	5.500
Gehaltserhöhung im Jahr 2015	100,00	100,00	100,00
Lohnsteuer	22,92	28,84	39,67
Solidaritätszuschlag	1,26	1,59	2,18
Kirchensteuer	2,06	2,60	3,57
Steuern insgesamt	26,24	33,03	45,42
Rentenversicherung	9,35	9,35	9,35
Arbeitslosenversicherung	1,50	1,50	1,50
Krankenversicherung	8,20	8,20	0
Pflegeversicherung	1,43	1,43	0
Sozialabgaben insgesamt	20,48	20,48	10,85
Netto	53,28	46,49	43,73
Steuer- und Abgabenlast in Prozent	46,72	53,51	56,27

Stand: Februar 2015; die Beispielrechnungen beziehen sich auf einen Arbeitnehmer, der kirchensteuerpflichtig (mit 9 Prozent) und gesetzlich krankenversichert ist (mit einem Zusatzbeitrag von 0,9 Prozent) und in den alten Bundesländern wohnt; Ursprungsdaten: Bundesministerium der Finanzen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien | Iwd 8

desbürger sei seit Anfang Januar gesunken, gehen an der Realität vorbei. Tatsächlich sind die Belastungen vielfach gestiegen oder sogar unverhältnismäßig hoch:

- **Beiträge zur Renten- und Pflegeversicherung.** Zwar ist der Beitragssatz für die Rentenversicherung zum 1. Januar 2015 um 0,2 Prozentpunkte gesunken, allerdings ist gleichzeitig der Pflegeversicherungsbeitrag um 0,3 Prozentpunkte gestiegen. Unter dem Strich bleibt also eine zusätzliche Belastung.

- **Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung.** Auch die Krankenkassenbeiträge sind zum Jahreswechsel reduziert worden – von 15,5 Prozent auf 14,6 Prozent. Allerdings steht es den Krankenkassen frei, einen Zusatzbeitrag zu erheben – und die meisten gesetzlichen Krankenkassen machen davon Gebrauch.

- **Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen.** Anfang 2015 sind die Beitragsbemessungsgrenzen in den Sozialsystemen angehoben worden: Die Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung ist in den alten Bundesländern um 100 Euro auf monatlich 6.050 Euro gestiegen (im Osten um 200 Euro auf 5.200 Euro), in der gesetzlichen Krankenversicherung stieg sie bundesweit um 75 Euro auf 4.125 Euro. Damit beträgt der maximale Arbeitnehmerbeitrag zur Rentenversicherung in Westdeutschland statt zuvor 562 Euro nun 566 Euro monatlich.

- **Progressive Einkommenssteuer.** Da der progressive Einkommenssteuertarif nicht an die jährliche Preisentwicklung angepasst wird, kassiert der Fiskus bei Gehaltserhöhungen durch die kalte Progression überproportional.

Maßgeschneidertes bevorzugt

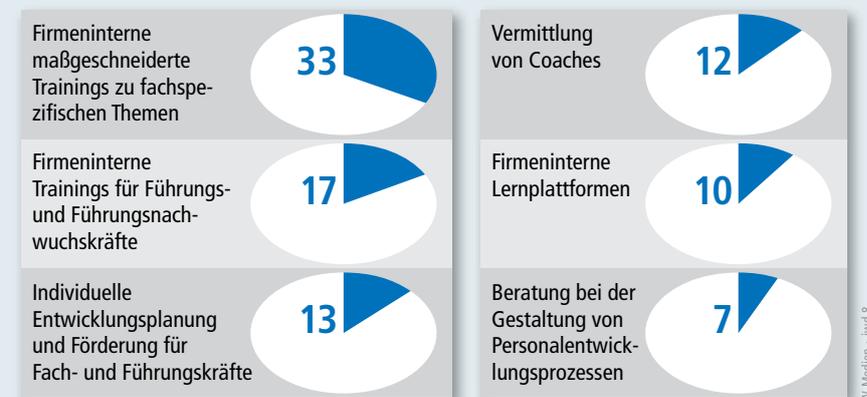
Weiterbildung. Um den spezifischen Bedürfnissen der Unternehmen entgegenzukommen, entwickeln die Weiterbildungsanbieter der Wirtschaft ihr Programm kontinuierlich weiter. Besonders gefragt sind maßgeschneiderte Angebote, die sich in die Personalentwicklungskonzepte der Unternehmen einbinden lassen.

Die große Mehrheit der Unternehmen – nämlich 86 Prozent – bietet ihren Mitarbeitern die Möglichkeit, sich weiterzubilden (vgl. iwD 50/2014). Drei von vier Unternehmen coachen und schulen jedoch nicht nur selbst, sondern kaufen Weiterbildung auch bei externen Bildungsanbietern ein.

Dafür gibt es im Wesentlichen zwei Gründe: Vor allem kleinere Unternehmen haben schlichtweg nicht das Personal dafür, Seminare oder Workshops zu planen und durchzuführen; mittlere und größere Unternehmen dagegen binden ihre

Weiterbildung: Was Unternehmen einkaufen

So viel Prozent der Unternehmen fragen diese Weiterbildungen nach



Befragung von 1.845 Unternehmen zwischen April und Juni 2014
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln
© 2015 IW Medien - iwD 8

Weiterbildungsmaßnahmen häufig in Personalentwicklungsprozesse ein – und diese individuellen firmenspezifischen Weiterbildungen werden zunehmend von externen Bildungsdienstleistern angeboten.

Der Wuppertaler Kreis – Bundesverband betriebliche Weiterbildung hat im Frühjahr des vergangenen Jahres 50 Weiterbildungseinrichtungen der deutschen Wirtschaft zu ihren Dienstleistungen befragt und drei Top-Themen ermittelt: maßgeschneiderte Trainings zu fachspezifischen Inhalten, firmeninterne Trainings für Führungs- und Führungsnachwuchskräfte sowie individuelle Entwicklungsplanung.

Diese drei Formen der Weiterbildung werden von den Unternehmen am meisten nachgefragt (Grafik).

Allerdings unterscheiden sich die Bedürfnisse kleiner und größerer Unternehmen:

Kleine Firmen fragen bei externen Dienstleistern in erster Linie Weiterbildungen zu Sachthemen wie technische Kompetenzen oder Kundenorientierung nach, während mittlere und große Unternehmen ein großes Interesse an Trainings für Führungs- und Nachwuchskräfte haben.

Auch die Nachfrage nach maßgeschneiderten Trainings zu fachspezifischen Themen ist bei den größeren Betrieben deutlich ausgeprägter als bei den kleineren.

Nur 18 Prozent der weiterbildungsaktiven Firmen nutzen keines der maßgeschneiderten Angebote der Bildungsdienstleister – dies gilt vor allem für kleine Unternehmen.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedemann, Alexander Weber
Redaktionsassistentz: Ines Pelzer
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwD@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich
Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.
Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.